

Weltwirtschaft | 08.07.2019 | Lesezeit 4 Min.

Handelspolitische Risiken für die M+E-Industrie

Der Handelskonflikt zwischen den USA und wichtigen Handelspartnern, allen voran China, belastet die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und der Welt. Die M+E-Industrie dürfte eine weitere Zuspitzung besonders zu spüren bekommen, denn die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten dämpfen schon jetzt die globale Nachfrage nach Investitionsgütern.

Die USA haben mit ihrem handelspolitischen Alleingang die Grundlagen des Geschäftsmodells deutscher Exporteure erschüttert. Durch die Anhebung der US-Zollsätze auf Aluminium und Stahl im März 2018 auf 10 beziehungsweise 25 Prozent gegenüber den meisten Handelspartnern wurden seit langer Zeit erstmals wieder Handelsbarrieren auf- statt abgebaut.

Es folgten gezielte Maßnahmen der Vereinigten Staaten, um die Wettbewerbsposition der Weltfabrik China zu schwächen. Zwar beschränken sich die meisten Zollerhöhungen der USA auf die Importe aus China, doch ihre Konsequenzen erstrecken sich auf die ganze Welt.

Unternehmen brauchen Plan B

Die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebauten globalen Wertschöpfungsketten funktionieren nicht mehr wie selbstverständlich. Zahlreiche global agierende Unternehmen müssen ihre Strategie überdenken und einen Plan B entwickeln, wie sie in einer Welt mit erheblichen Handelsbarrieren zurechtkommen.

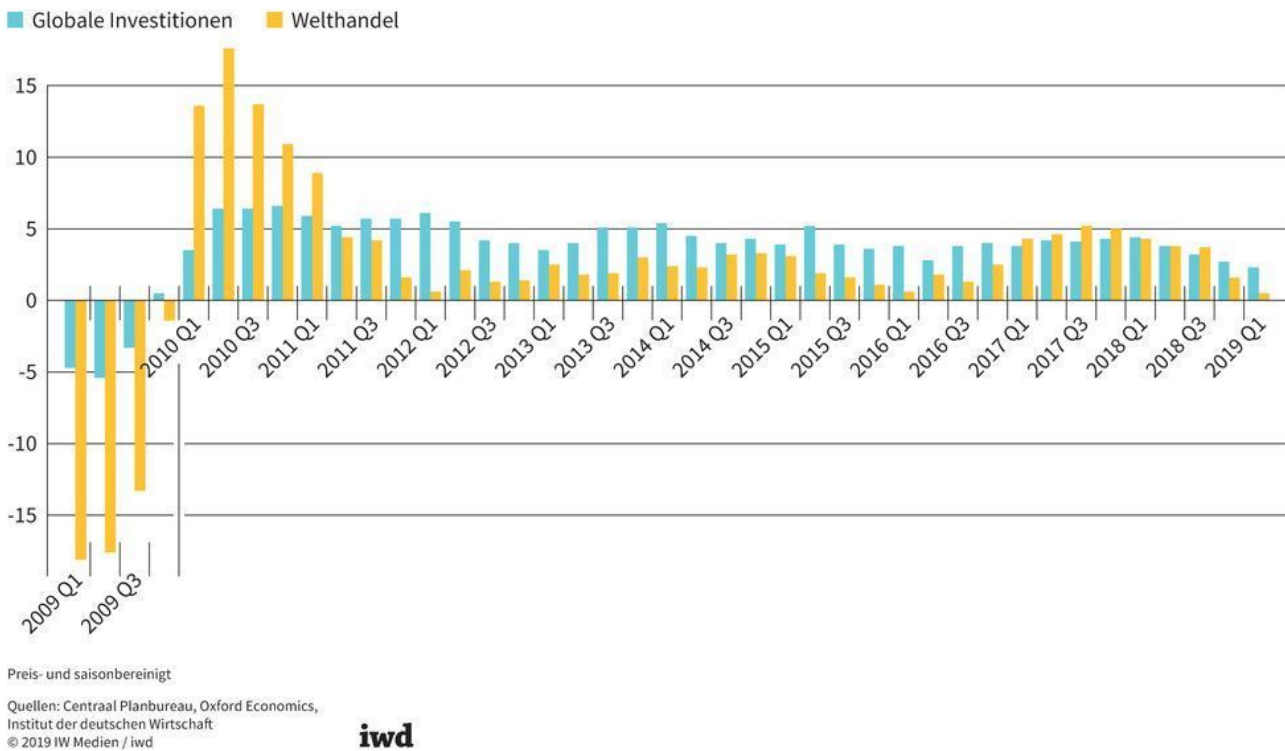
Für die deutsche Wirtschaft und vor allem für die M+E-Industrie – ein wichtiger Lieferant von Investitionsgütern – sind das keine guten Nachrichten. Zum Jahreswechsel erreichte die globale wirtschaftspolitische Unsicherheit ein Allzeithoch.

Viele internationale Institutionen senkten ihre Prognose für die weltwirtschaftliche Entwicklung und begründeten die Korrektur vor allem mit den handelspolitischen Spannungen. Die Auswirkungen auf das Investitionsverhalten sind bereits spürbar (Grafik):

Die globalen preis- und saisonbereinigten Investitionen sind im ersten Quartal 2019 so schwach gewachsen wie seit Ende 2009 nicht mehr, also zum Zeitpunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Weltwirtschaft schwächelt

Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in Prozent



Auch die Entwicklung des Welthandelsvolumens war zum Jahreswechsel so schwach wie zuletzt 2009. Die negativen Tendenzen schlugen sich auch in der Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft nieder. Die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen für das laufende Jahr waren im März und April 2019 so pessimistisch wie zuletzt am Höhepunkt der Wirtschaftskrise 2009.

Wegen seiner Abhängigkeit vom Exportgeschäft wäre Deutschland von einem eskalierenden Handelskonflikt überdurchschnittlich stark betroffen.

Dass die USA vor allem ihrer eigenen Wirtschaft durch die steigenden Kosten von Vorprodukten und ihren eigenen Verbrauchern durch steigende Produktpreise schaden, haben bereits zahlreiche Studien bestätigt. Dennoch droht der Handelskonflikt weiter zu eskalieren – sowohl zwischen den USA und China als auch im US-Automobilhandel mit anderen Ländern.

Dabei hat sich sogar die US-Autoindustrie gegen eine Anhebung der US-Zölle auf Importe von Autos und Autoteilen ausgesprochen – und das aus gutem Grund:

Selbst das wohl typischste US-Fahrzeug, der Ford F150, besteht nur zu 65 Prozent aus US-amerikanischen und kanadischen Bauteilen.

Steigende Kosten für den Import von Vorprodukten würden die Wettbewerbsposition US-amerikanischer Hersteller schwächen. Trotzdem ist die Drohung noch nicht vom Tisch – ein Risikofaktor mehr in Zeiten, in denen der globale Wirtschaftsmotor sowieso ins Stottern gerät. Dass die USA sich bei den Autozöllen Zeit lassen, erscheint nachvollziehbar, denn sie haben wohl kein Interesse, an mehreren Fronten gleichzeitig zu kämpfen.

Was passiert, wenn der Handelskonflikt eskaliert?

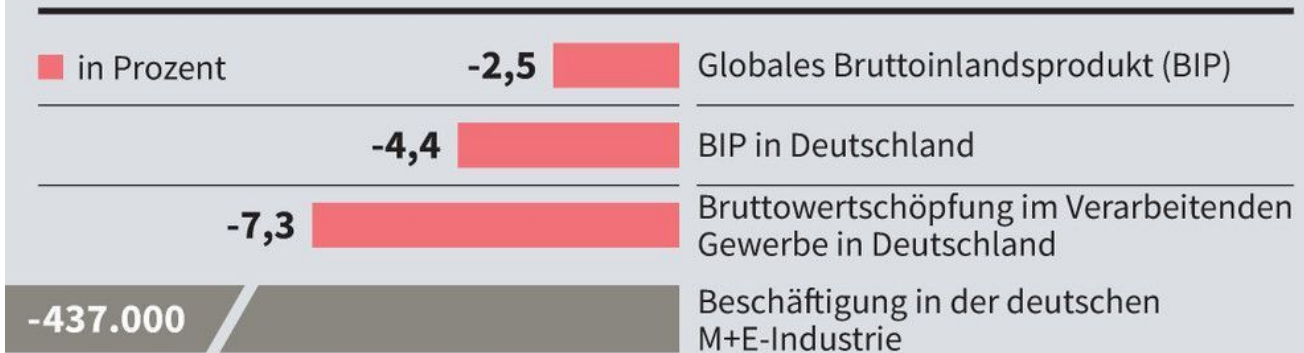
Sollte es aber tatsächlich zu einer weiteren Eskalation des Handelskonflikts kommen, würden die Handelspartner mit Vergeltungsmaßnahmen reagieren. In dem hypothetischen Fall, dass die USA die Durchschnittszölle gegenüber der EU und den fünf weiteren wichtigsten Handelspartnern – Kanada, Mexiko, China, Japan und Südkorea – um 25 Prozent anheben und diese mit entsprechenden Maßnahmen reagieren, wären die Folgen für die Weltwirtschaft gravierend.

Simulationen mit dem Global Economic Model von Oxford Economics gelangen zu dem Ergebnis, dass das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach fünf Jahren um 2,5 Prozent geringer ausfallen würde, falls es zu solch einer Eskalation käme (Grafik):

Deutschland wäre aufgrund der Abhängigkeit vom Exportgeschäft überdurchschnittlich stark von einem eskalierenden Handelskonflikt betroffen.

Mögliche Strafzölle: M+E-Industrie wäre stark betroffen

Sollten die USA Zusatzzölle von 25 Prozent auf Waren aus der EU und den weiteren fünf wichtigsten Handelspartnern Kanada, Mexiko, China, Südkorea und Japan erheben und diese Länder mit entsprechenden Gegenzöllen reagieren, würden die folgenden wirtschaftlichen Kennzahlen nach fünf Jahren so weit von der aktuellen Prognose abweichen



Quellen: Oxford Economics, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2019 IW Medien / iwd

Das deutsche BIP würde in fünf Jahren um 4,4 Prozent geringer ausfallen, die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt sogar um 7,3 Prozent. Für die M+E-Industrie müssten in diesem Szenario viele Beschäftigte um ihren Job bangen. Durch den schwächeren Handel und die hohe Unsicherheit würden knapp 440.000 Stellen wegfallen.

Lösung des Konflikts in deutschem Interesse

Es ist daher auch im deutschen Interesse zu hoffen, dass die USA den Konflikt gemeinsam mit den Handelspartnern lösen, denn deren Anliegen sind in vielen Fällen begründet. Im Handelsstreit mit China fordern die Partnerländer Maßnahmen gegen die Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Unternehmen und subventionierte

Produkte sowie Reziprozität bei der Marktöffnung und Maßnahmen gegen den Diebstahl geistigen Eigentums.

Wenn sie bei diesen Punkten erfolgreich sind und eine Lösung im Rahmen der Welthandelsorganisation erzielt werden kann, wird die ganze Welt profitieren, nicht zuletzt Deutschland. Denn eine verlässliche und zeitgemäße globale Handelsordnung ist die wichtigste Voraussetzung für das Fortbestehen des deutschen Geschäftsmodells.

Kernaussagen in Kürze:

- Der von den USA ausgelöste Handelskonflikt wirkt sich negativ auf die weltweiten Investitionen aus. Sie sind im ersten Quartal 2019 so schwach gewachsen wie seit Ende 2009 nicht mehr.
- Das IW hat berechnet, dass das globale Bruttoinlandsprodukt durch einen eskalierenden Handelskonflikt nach fünf Jahren um 2,5 Prozent geringer ausfallen würde als bislang angenommen.
- Deutschland als exportorientierte Volkswirtschaft wäre von einer weiteren Verschärfung des Konflikts überdurchschnittlich stark betroffen. In der M+E-Industrie könnte dies mehr als 400.000 Arbeitsplätze kosten.